

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erkennungsweise: Jeden Sonntag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Druckerei: Jernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg., im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 20 Pfg. für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 108

Sonnabend, den 11. Mai 1929.

84. Jahrgang

**Um 5 Uhr nachmittags ist am kommenden Sonntag Schluß der Landtagswahl. Jeder wähle daher so frühzeitig als möglich, am besten in den ersten Vormittagsstunden. Die Wahllokale sind von 8 Uhr ab geöffnet.**

## Tageschau

\* Am Samstagvormittag traten in Sachsen und in fast allen Teilen Deutschlands schwere Gewitter auf, die teilweise zu Mosenbruch übergingen. Auch aus der Schweiz und aus Ungarn werden Unwetter gemeldet.

Dr. Hermes, der Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gab in der Sitzung des Wirtschaftsrats in Genf eine Erklärung ab, in der er Deutschlands aufrichtigen Wunsch betonte, baldigt zu einer Verständigung zu gelangen, die in dem Augenblick möglich sein wird, wo beide Länder sowohl eine Regelung des Warenverkehrs aus Polen nach Deutschland wie desjenigen aus Polen nach Deutschland vereinbart haben werden.

Donnerstag vormittag wurde eine Sitzung des englischen Kabinetts abgehalten, in der die Reparationsvor schläge Owen D. Youngs erörtert wurden.

\* Im englischen Unterhause erklärte Churchill, die Regierung werde unter keinen Umständen die am Mittwoch angekündigten Reparationsvor schläge annehmen.

Das auf dem Flug von Prag nach Rotterdam befindliche Flugzeug der tschechoslowakischen Luftverkehrsgesellschaft wurde bei einer Kollision in der Nähe von Kassel zerstört. Dabei kamen ein Fluggast, der Führer und der Bordmonteur ums Leben.

Schon seit einigen Monaten herrscht im Winaer Land infolge der vorjährigen Mißernte eine Hungersnot, von der über 130 000 Personen ernstlich bedroht sind. Da die Regierungshilfe von bisher über zwei Millionen Floty nicht ausreicht, veröffentlicht die Warschauer Blätter einen Aufruf zu privater Hilfe.

\* In der ungarischen Gemeinde Meggyas sind durch einen Brand 58 Wohnhäuser mit sämtlichen Nebengebäuden eingeeäschert worden.

\*) Kurzhilfliches an anderer Stelle.

## Du Feind in den eigenen Reihen.

Mit erfreulicher Entschiedenheit haben die staatsbürgerlichen Parteien Sachsens im Wahlkampf die Linie der gemeinsamen Front gegen links, gegen den sozialistisch-kommunistischen Radikalismus gezogen. Für Ruhe und Ordnung, für Weiterentwicklung des bisherigen bewährten Kurzes der sächsischen Staatspolitik, für Fortführung der wohl langjährigen, aber stetigen Konsolidierung Sachsens und der sächsischen Wirtschaft geht ihr Kampf und damit gegen die unzulässigen Massenkampfmethoden der Unsrabikalen Zeigenercher und Postauer Färbung. Doch mit dieser Frontziehung ist es allein noch nicht getan, denn der Feind steht nicht nur links, sondern eine weit verhängnisvollere Front zieht sich quer durch die bürgerlichen Reihen. Das ist die Front der politischen und staatsbürgerlichen Dummheit und Bequemlichkeit, um nicht zu sagen, Faulheit, die Front der Feigheit, Gewissenlosigkeit und politischen Verrottung, also mit einem Wort gesagt: die Front der Nichtwähler. Und diese Nichtwähler sind nicht etwa, wie man bei einem angeblich politisch reifen und durch die Schrecken der Zeigenercher doch wahrlich empfindlich gewordenen Bürgertum wie dem sächsischen annehmen sollte, ein kleines unbedeutendes Häuflein, nein, sie bilden eine der stärksten Gruppen der Wahlberechtigten, aber richtig der Wahlpflichtigen. War doch bei der letzten Landtagswahl fast ein Drittel dieser Wahlpflichtigen der Urne ferngeblieben, und hatte dadurch eine einwandfreie und feste bürgerliche Mehrheit verhindert. Denn bei der strengen Disziplin der sozialistisch-kommunistischen Wählermassen wird man mindestens 90 v. H. der Wahlberechtigten dem Bürgertum zurechnen müssen.

Sehen wir uns nun einmal die verschiedenen Arten an, aus denen sich diese so unerfreuliche und verderbliche Front der Nichtwähler zusammensetzt. Da sind einmal die Dummen und Stumpfen, die Bequemlen und Faulen, die nichts aus ihrer Uninteressiertheit herauszusehen kann, denen bei Sonnenschein das Wetter zu schön

zum Wählen und bei Regen oder Kälte zu schlecht dazu ist. Aber gerade sie sind dann die ersten, die bei einem infolge ihrer Wahlfaulheit für das Bürgertum ungünstigen Wahlausfall am lautesten nörgeln und über die „Schlappheit“ der bürgerlichen Parteien räsonieren.

Eine andere Gruppe sind die Kengstlichen und Verantwortungstosen, die nicht zur Wahl gehen, weil sie fürcht vor dem Terror der Unsrabikalen haben und die, vielfach Geschäftsleute, meinen, sie könnten sich eben als Geschäftsleute keine parteipolitische Betätigung erlauben. Das brauchen sie ja auch gar nicht, denn die Wahl ist bekanntlich geheim und schließlich bedeutet Fernhalten von öffentlicher parteipolitischer Betätigung noch lange keinen Verzicht auf politische Gesinnung. Das sind übrigens dieselben, die bei kommunistischen Sammlungen ansäglich ihren Beitrag geben als eine Art vermeintlicher indirekter Schaufensterverfälschung und die treu und brav ihre Inferatengelder den Unsrabikalen Parteiblättern zuschießen lassen und damit ihre Verderber auf Umwegen stärken. Und doch werden sie in einer Art ausgeblendetem Bewusstsein gewiß die ersten sein, denen bei Streikunruhen Zeigenercher Prägung der Mob die Schaufenster zerbricht.

Die letzte Gruppe endlich ist auch die gefährlichste, weil sie am schwersten zur Einsicht zu bringen ist. Das sind die politisch Verrannten, die aus „Ueberzeugung“ der Wahl fernbleiben, weil sie das augenblicklich bei uns herrschende parlamentarische System ablehnen. Wie töricht, ja geradezu verantwortungslos eine solche Einstellung ist, ergibt sich schon aus der bloßen Ueberzeugung, daß bei konse-

quenter Durchführung dieses Standpunktes im bürgerlichen Lager der Staat und damit unser aller Schicksal schweben der radikalen Willkür ausgeliefert würde. Das hieße wirklich Teufel durch Beelzebub austreiben! Nein, helfen und bessern kann nur der, der mitarbeitet und nicht der, der schmeißend und grollend beiseite steht.

Eins haben aber alle diese Gruppen der Nichtwähler — bei der letzten Wahl waren es insgesamt eine Million von 3,3 Millionen Wahlberechtigten! — gemeinsam: sie alle wählen, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt mit, und zwar wählen sie alle ihre ärgsten Feinde, die Unsrabikalen, denen sie durch ihre Wahlenthaltung zu stärkerer Stellung im Landtag verhelfen.

Willst du das aber, sächsischer Bürger? Willst du zu diesen Bequemlen, Launen, Verantwortungstosen oder politisch Verrannten gehören, willst du, daß wieder ausführende Pöbelhaufen plündernd durch die Straßen ziehen, sollen wir längst am roten 1. Mai in Berlin die Städte widerhallen vom Bürgerkrieg, willst du vollends zu Tode gekostet und so auf kaltem Wege enteignet werden? — Nein, sicherlich nicht! Wenn du das wirklich und ernstlich nicht willst, sächsischer Bürger, dann beschne dich auf deine vornehmste Pflicht, dann gehe zur Wahl und bewahre so dein Sachsenland vor roter Willkür und Unwirtschaft, vor dem deutschen wirtschaftlichen Chaos. In eure Hand, Nichtwähler, ist das Schicksal Sachsens gegeben, denn ihr verfügt über 30 Mandate. Seid euch der Schwere dieser Verantwortung bewußt und wählt, wählt eine der staatsverhaltenden bürgerlichen Parteien!

## Strefemanns Bilanz.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Meldung.) Die Rede, die Reichsaussenminister Dr. Strefemann Mittwoch abend im Verein der ausländischen Presse in Berlin gehalten hat, die wegen der Teilnahme des gesamten diplomatischen Korps als ein besonders politisches Ereignis bewertet werden muß, hat in politischen Kreisen insofern Aufsehen erregt, als der Reichsaussenminister sich diesmal von einer ziemlich pessimistischen Grundeinstellung leiten ließ. Der Vorsitzende des Vereins ausländischer Presse hatte die Person Strefemanns als Gewähr dafür bezeichnet, daß die deutsche Außenpolitik trotz mancher Enttäuschungen das Ziel der Völkerverständigung unbeeinträchtigt weiterverfolgen werde. Der Reichsaussenminister hat in seinen Schlussworten dagegen die Enttäuschung gemacht, daß die Reihen der Anhänger der Völkerverständigung in Deutschland sich um so eher lichten würden, je unerträglich die Enttäuschungen werden. Man hätte nur gewünscht, daß Strefemann diesen sehr richtigen Gedanken etwas schärfer herausgearbeitet und etwas mehr in den Mittelpunkt seiner Darlegungen gerückt hätte. Denn nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist man in großen Teilen des Auslandes offenbar immer noch der Meinung, inann könne dem deutschen Volke neue Demütigungen in unbeschränkter Zahl zumuten und alles immer wieder dadurch gutmachen, daß man ihm in Worten, die nichts kosten, seinen Friedenswillen und seine Brauchheit bescheinigt.

Es war selbstverständlich, daß Strefemann hinsichtlich der nun in ihr entscheidendes Stadium tretenden Pariser Verhandlungen die größte Zurückhaltung sich auferlegte. Strefemann gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Pariser Verhandlungen doch noch zu einem günstigen Ende geführt würden und daß dann ein großer Schritt getan wäre, der die Lösung internationaler wirtschaftlicher Aufgaben vorbereiten und die Regelung der politischen Fragen in die Wege leiten würde. Diese Anspielung auf die Rheinländerdrängung ist sicherlich in diesem Kreise überall verstanden worden; man muß nur immer wieder seinem Erstausen darüber Ausdruck geben, daß die in Genf begonnenen Verhandlungen nach dem Vorstoß des Reichstagnans sofort wieder ins Stadium der Forderungen nach einer Konvention, daß in den französischen Forderungen nach einer Kontrolle des Rheinlandes über das Jahr 1935 hinaus die Befahren recht schwerer Bewerkungen liegen.

Deutschland hat um so größeren Anlaß zur Vorsicht, als die Siegermächte des Weltkrieges soeben in Genf ein Zeichen

ausgesprochen schlechten Willens in der Abrüstungsfrage gegeben haben. Der Reichsaussenminister konnte nicht umhin, seiner tiefen Enttäuschung über den Gang der Pariser Abrüstungsverhandlungen auch in diesem Kreise Ausdruck zu geben. Selbstverständlich bietet es für Deutschland keinen Ausgleich, daß die großen Seemächte jetzt ernstlich daran zu gehen scheinen, sich über die Beschränkung der Seerüstungen zu verständigen. Denn die Zugeständnisse, die man Frankreich und den anderen europäischen Militärmächten in der Frage der Anrechnung der ausgebildeten Reserven und der unbegrenzten Erzeugung von Kriegsmaterial gemacht hat, sind geeignet, jede wirkliche Abrüstung zu hintertreiben. So ist die Bilanz der Strefemannschen Rede für Deutschland recht negativ. Eine gewaltige Enttäuschung in der Abrüstungsfrage, eine vage Hoffnung in der Reparationsfrage, die von anderen deutschen Kreisen noch nicht einmal als eine Hoffnung gewertet werden kann. Das ist in der Tat ein trübes Fazit der deutschen Außenpolitik.

## Der Verteilungsplan für England unannehmbar.

London, 9. Mai. Auf die Frage, ob sich die Zuständigkeit des Reparationsfachverständigenausschusses auch auf Abänderungen im Verteilungsplan von Spa erstreckt, und ob die Regierung ihre Vertreter im Ausschuss über ihre Ansichten in dieser Frage unterrichtet habe, erklärte in den heutigen Unterhausung Churchill:

Der Sachverständigenausschuss, der gegenwärtig in Paris tagt, setzt sich aus unabhängigen Vertretern der verschiedenen beteiligten Länder zusammen. Ich habe mich natürlich während der ausgedehnten Verhandlungen in Jütting mit den deutschen Delegationsmitgliedern gehalten. Wie haben jedoch niemals bestimmte Instruktionen an diese Herren gegeben und wir wollen das auch bei dieser Gelegenheit nicht tun. Die Beschlüsse der Sachverständigen blieben in keiner Weise die Regierung, die vollständig frei bleibt und ihre eigenen Entschlüsse über die Arbeiten und die Empfehlungen des Sachverständigenausschusses fassen wird.

Um Mißverständnisse im Ausland und Beunruhigungen im Inlande zu vermeiden, ist es vielleicht wünschenswert, daß ich erkläre, daß jene Art von Vorschlägen, die gestern in der Presse angedeutet wurden, nach unserer Meinung unannehmbar sind und daß die Regierung sie sich unter keinen Umständen zu eigen machen wird.